

China spioniert in der Schweiz: Tibeter und Tibeterinnen sprechen

NZZ am Sonntag, Lukas Häuptli, 13.07.2019, 21.35 Uhr

Tibeter und Tibeterinnen berichten von zunehmenden Beschattungen, Schikanen und Repressionen. Jetzt empfängt der Bund sie zum Gespräch.



«Offizielle Empfänge werden von China in keiner Weise mehr geduldet»:

Der Dalai Lama bei seinem Besuch im Kanton Zürich. (21. Sept. 2018)

Ennio Leanza / Keystone

Ueli Maurer gab sich – gemessen an seiner üblich nüchternen Art – fast schon euphorisch. Als der Bundespräsident im letzten April China besuchte, sagte er im NZZ-Interview zu dessen Wirtschaftsprogramm «Belt and Road Initiative»: «Es ist wohl das grösste Investitionsprojekt unseres Jahrhunderts. Und ich sehe, dass durch dieses Projekt die Weltwirtschaft wächst. Wo Wohlstand entsteht, gibt es weniger Kriege.»

Höhepunkt seines China-Besuchs war das Treffen mit Staatschef Xi Jinping. In dessen Beisein unterzeichnete Ueli Maurer auch ein Memorandum of Understanding. Mit diesem bekräftigt die Schweiz ihre Absicht, an Chinas Belt-and-Road-Initiative künftig mitzuwirken.

«Eingeschüchtert»

Kein Thema zwischen Maurer und Jinping war dagegen das, was tibetische Organisationen aus der Schweiz in zwei Briefen an den Bundespräsidenten vom letzten April und Mai kritisieren: «Die Anstrengungen der chinesischen Regierung, ihren politischen Einfluss weltweit auszuweiten, sind in der Schweiz deutlich spürbar», heisst es darin.

«Die tibetische Exilgemeinschaft in der Schweiz wird durch die chinesische Regierung zunehmend überwacht und systematisch eingeschüchtert.» Diese Einschüchterungen seien vor allem an Kundgebungen spürbar; daneben finde die Kontrolle aber auch zunehmend auf digitalem Weg statt.» Unterzeichnet sind die Briefe, die der «NZZ am Sonntag» vorliegen, von den Präsidenten und Präsidentinnen der drei wichtigsten Tibet-Organisationen in der Schweiz.

In der Zwischenzeit hat das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) entschieden, Vertreter der Tibeter und Tibeterinnen in der Schweiz zu einem Gespräch zu empfangen. «Der Leiter der EDA-Abteilung Asien-Pazifik hat die Briefe der tibetischen Organisationen beantwortet und diese zu einem Austausch eingeladen, um deren Sicht der Dinge zu diskutieren», sagt Sprecher Georg Farago.

Unbestritten ist, dass der chinesische Druck auf die Tibeter und Tibeterinnen in der Schweiz zugenommen hat. «Das selbstbewusste und fordernde Verhalten Chinas ist unter anderem in Bezug auf die tibetische Exilgemeinschaft in der Schweiz spürbar», sagt Isabelle Graber, Sprecherin des Nachrichtendienstes des Bundes. «Offizielle Empfänge des Dalai Lama werden von China in keiner Weise mehr geduldet und mit verschiedenen Massnahmen rückwirkend geahndet.» Zudem versuchten die chinesischen Behörden, durch Interventionen bei den Regierungen der jeweiligen Länder Demonstrationen von Tibetern frühzeitig zu unterbinden.

Verteidigungsministerin Viola Amherd, zu deren Departement der Nachrichtendienst gehört, sagte im letzten März in einer Fragestunde des Nationalrats zu den Tibetern und Tibeterinnen. «Die Überwachung von im Exil lebenden Gemeinschaften in der Schweiz verletzt die Souveränität sowie die demokratischen Werte der Schweiz. Der Nachrichtendienst verfolgt diese Aktivitäten sehr genau.»

Warum weiss China das?

Wie die chinesischen Überwachungen, Schikanen und Repressionen im Einzelnen funktionieren, zeigen drei Beispiele.

Das erste: Tibetische Gruppierungen planten im Bundeshaus vor mehreren Monaten ein Treffen zwischen Schweizer Parlamentsmitgliedern und Lobsang Sangay, dem Präsidenten der tibetischen Exil-Regierung. Alles war bereit, plötzlich aber erklärten die Parlamentsdienste den Organisatoren, dass zur genau gleichen Zeit im Bundeshaus auch der chinesische Botschafter im Bundeshaus erwartet werde. Deshalb müsse das Tibet-Treffen abgesagt oder verschoben werden. «Das kann kein Zufall sein», sagt Thomas Büchli, Präsident der Gesellschaft Schweizerisch-Tibetische Freundschaft und einer der Organisatoren. «Es stellt sich die Frage,

woher der chinesische Botschafter vom geplanten Treffen wusste. Ich schliesse nicht aus, dass wir von Vertretern Chinas abgehört wurden.»

Das zweite Beispiel: Der Dalai Lama, das geistige Oberhaupt der Tibeter, besuchte im letzten September die Schweiz und wurde dabei in Winterthur und Bülach von zahlreichen Politikern begrüsst, unter anderem vom Zürcher Regierungsrat Mario Fehr (sp.) und vom Winterthurer Stadtpräsidenten Michael Künzle (cvp.). «Vertreter Chinas hatten vor den Anlässen mehrere dieser Politiker kontaktiert und ihnen dringend davon abgeraten, den Dalai Lama offiziell zu begrüssen», erzählt eine sehr gut informierte Person, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will. «Das waren eigentliche Einschüchterungen.»

Das dritte Beispiel: Eine tibetische Person, die mittlerweile einen Schweizer Pass besitzt, erzählt, dass die chinesische Botschaft über zahlreiche Tibeter und Tibeterinnen in der Schweiz ganz genau Bescheid wisse. Sie vermutet, dass die Botschaft auf ein Netz von Spitzeln zählen könne. Und Angela Mattli von der Gesellschaft für bedrohte Völker ergänzt: «Die Überwachungen finden zunehmend auch im digitalen Raum statt.»

China bestreitet all das. «Die Vorwürfe sind aus dem Nichts erfunden und entbehren jeder Grundlage», hält die Medienabteilung der chinesischen Botschaft in Bern fest. Und sie fragt: «Haben die Kritiker irgendeinen Beweis dafür?» Der chinesische Botschafter Geng Wenbing wiederum schrieb im letzten April in einem Gastbeitrag in der «Weltwoche» dazu: «Unter dem Schutz des Vaterlandes wird sich Tibet schneller und besser entwickeln.»

Tibetische Asylsuchende: Als «Härtefall» zur Aufenthaltsbewilligung

Zurzeit stellen in der Schweiz pro Monat zwischen 15 und 25 Tibeter und Tibeterinnen ein Asylgesuch. Rund 15 Prozent von ihnen werden gemäss Asylstatistik als Flüchtlinge anerkannt, rund 65 Prozent erhalten eine vorläufige Aufnahme, rund 20 Prozent werden aus der Schweiz weggewiesen. Bei diesen handelt es sich hauptsächlich um tibetische Asylsuchende, von denen das Staatssekretariat für Migration glaubt, sie seien nicht aus China, sondern aus Indien oder Nepal in die Schweiz geflüchtet.

In diesen beiden Ländern gibt es grössere tibetische Diaspora. Weil den Betroffenen Papiere fehlen, sind Abschiebungen dorthin aber unmöglich. «Viele abgewiesene Asylsuchende aus Tibet sind völlig verzweifelt», sagt dazu der Luzerner Anwalt Hannes Munz. Und Dagobert Onigkeit von der Organisation Free Swiss Tibetans weist auf die «entmenschlichende Nothilfe» hin, in der sich die Betroffenen befänden.

Immerhin einen Lichtblick gibt es: Der Kanton Zürich prüft seit einiger Zeit von Amtes wegen, ob langjährige Nothilfebezüger per Härtefallregelung zu einer Aufenthaltsbewilligung gelangen können. In der Zwischenzeit haben 112 abgewiesene Asylsuchende eine Bewilligung erhalten, wie Tobias Christen vom Zürcher Migrationsamt sagt. 25 sind Tibeter. Ein ähnliches Programm läuft zurzeit im Kanton St.Gallen.